

Mitteilung der Klimaliste Marburg zur Gewerbesteuerfrage

Die Klimaliste vertritt in der Frage der Gewerbesteuersenkung keine einheitliche Position. Wir haben stark miteinander gerungen, was hier die beste Handlungsoption ist und konnten uns auf keinen Konsens einigen. Dies ist auch der Grund, warum wir uns im Vorfeld nicht zur Thematik geäußert haben. Die ausgetauschten Argumente sind jedoch bereits gut im Diskurs der anderen Koalitionsparteien wiedergegeben.

Unser Grundkonsens sieht vor, dass wir uns bei Uneinigkeit in Abstimmungen enthalten. Im Fall der Abstimmung zur Gewerbesteuer hätte eine Enthaltung aber letztlich ein „Nein“ bedeutet, weswegen wir uns hier auf 2 Für- und 2 Gegenstimmen geeinigt haben.

Aufgrund unseres eigenen Ringens in dieser Frage und dem Bewusstsein, dass diese Entscheidung auch für die anderen Koalitionspartner nicht einfach war, haben wir volles Verständnis dafür, dass die Linke gegen die Gewerbesteuersenkung gestimmt hat und – angesichts der Bedeutung der Frage der Gewerbesteuer für die Linke – diese auch nicht mehrheitlich für den Haushalt stimmen konnte. Wir bedauern jedoch sehr, dass die Linke sich aufgrund dieses Sachverhalts entschieden hat, die Koalition zu verlassen.

Worüber bei uns in der Frage Konsens herrscht, ist, dass der durch ein Bundesgesetz geregelte Wettbewerb zwischen Kommunen schlecht ist und dass diese Konkurrenz auf Bundesebene abgeschafft gehört. Daher sind wir derzeit in der Koalition im Gespräch darüber, eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung einzubringen, die sich dafür einsetzt, die gesetzliche Regelung zu reformieren.

Hintergrund

Bevor es darum geht, in der konkreten Angelegenheit „Senkung der Gewerbesteuer“ abzuwägen, steht für uns die Frage im Raum, ob man eine grundsätzliche Haltung zur Gewerbesteuerkonkurrenz und zum Umgang mit Konzernen einnimmt und von dieser nicht abweicht oder die Bilanz des Für und Wider für die Stadt Marburg ein größeres Gewicht hat. Ist die grundsätzliche Haltung so handlungsweisend für lokalpolitische Entscheidungen, dass das potenzielle Szenario, dass die Senkung der Gewerbesteuer am Ende Vorteile für Marburg bringen könnte, von vornherein nicht in Betracht gezogen werden muss?

Diese Frage war nicht Teil unseres Grundkonsenses, so dass wir hier nicht auf einen vorab geeinigten Konsens zurückgreifen können.

Vorab: Der Magistrat hat sich nicht dazu geäußert, ob dem Vorschlag einer Gewerbesteuersenkung Gespräche mit konkreten Unternehmen vorangegangen sind. Da die öffentliche Debatte aber von dieser Annahme geprägt wurde, beziehen wir uns dennoch auf diese Argumentation.

Wenn man sich dafür entscheidet, dass die Senkung oder Anhebung der Gewerbesteuer eine lokale Entscheidung ist, da diese den Grundsatz im Bund nicht ändern kann, gibt es wiederum zwei unterschiedliche Grundpositionen: Zum einen die Annahme, dass ein großes Unternehmen seinen geplanten Ausbau maßgeblich von der Höhe der Gewerbesteuer abhängig macht, und zum anderen, dass es dies eben nicht tut.

Geht man davon aus, dass dies die Entscheidung eines Ausbaus an einem Standort beeinflusst, hätte dies folgende Konsequenzen:

1. Die Höhe – d. h. der prozentuale Anteil – der jeweils lokal zu entrichtenden Gewerbesteuer richtet sich nach dem Anteil der Beschäftigten eines Betriebes vor Ort, das ist der sog. Zerlegungsanteil. Das heißt, je höher der Anteil der Beschäftigten an einem Standort im Verhältnis zu den Gesamtbeschäftigten, desto mehr Gewerbesteuer zahlt das Unternehmen dort.

2. Wenn ein Unternehmen nun anderswo Arbeitsplätze schafft, in der betrachteten Kommune aber nicht, sinkt der Anteil der dort zu entrichtenden Gewerbesteuer und somit auch die Einnahmen der Kommune.

3. Dies hätte auch zur Folge, dass

- a) die Kommune weniger Gewerbesteuer einnehmen würde,
- b) ein solches Unternehmen insgesamt tatsächlich weniger Gewerbesteuer zahlen würde, wenn andere Standorte einen niedrigeren Gewerbesteuer-Hebesatz haben als die betrachtete Kommune,
- c) auch die solidarisch umverteilten Gelder (in Marburg sind das 70 % der Einnahmen) an andere Kommunen in Kreis und Land entsprechend niedriger ausfallen würden.

Diejenigen bei uns, die einer Senkung auf 357 % zustimmen, gehen also davon aus, dass ein Unternehmen als Folge der Gewerbesteuersenkung in Marburg mindestens proportional ausbaut und damit

- a) die anteilig in Marburg zu entrichtenden Steuerzahlungen gleichbleiben,
- b) ein solches Unternehmen damit insgesamt höhere Steuern abführt als wenn es den Ausbau auf andere Standorte mit niedrigerem Gewerbesteuer-Hebesatz konzentriert, und
- c) real mehr Geld für den Klimastrukturwandel in Marburg und für diese und andere öffentliche Ausgaben insgesamt zur Verfügung steht.

Eine Senkung von Steuern würde somit in diesem speziellen Fall paradoxerweise nicht zu weniger öffentlichen Einnahmen führen – weder insgesamt und schon gar nicht in Marburg!

Diejenigen von uns, die die Gewerbesteuersenkung ablehnen, gehen davon aus, dass es kein wahrscheinliches Szenario ist, dass ein Unternehmen auf einen Ausbau in Marburg verzichtet, wenn man beim aktuellen Gewerbesteuer-Hebesatz von 400 % bleibt. Marburg hat hervorragende Fachkräfte und bietet gute infrastrukturelle Bedingungen. Der Gewerbesteuer-Hebesatz ist dabei nur ein Faktor von vielen. In dem Szenario, dass ein Unternehmen bei gleichbleibendem Hebesatz ausbaut, würde dies sogar Gewerbesteuermehrereinnahmen bedeuten.

Es ist zwar natürlich so, dass der Wettbewerb zwischen den Kommunen vom Bund gemacht ist, aber ist eine reiche Stadt wie Marburg (mit Gewerbesteuererträgen in dreistelliger Millionenhöhe) darauf angewiesen, durch eine Senkung der Gewerbesteuer für Unternehmen attraktiver zu werden? Marburg hätte hier ein Zeichen setzen können, indem es beim Unterbietungswettbewerb zwischen den Kommunen nicht mitmacht. Andere Kommunen können sich das einfach nicht leisten.

Der Diskurs zur Gewerbesteuersenkung ist natürlich komplexer. So profitieren selbstverständlich alle ortsansässigen Unternehmen davon, teilweise auch durch Corona gebeutelte mittelständische und kleine Unternehmen. Es profitieren sowohl genossenschaftliche Betriebe als auch Aktiengesellschaften; Buchläden, Kneipen, Bioläden genauso wie Asklepios oder DVAG. Richtig ist aber auch, dass Einzelpersonen oder Betriebe, die unterhalb des Gewerbesteuerfreibetrags (der momentan 24.500 € beträgt) liegen, von der Senkung nicht profitieren.

Generell würden wir uns wünschen, dass eine Gewerbesteuer an die Gemeinwohlbilanz von Unternehmen gebunden wäre – jedoch ist das zurzeit rechtlich nicht möglich. Wer genau von der Senkung profitiert, unterliegt dem Steuergeheimnis, es steht aber natürlich jeder Person frei, Betriebe direkt danach zu fragen.

Neben den oben genannten komplexen Überlegungen zu öffentlichen Einnahmen spielten natürlich auch andere Überlegungen eine Rolle:

- Auch in der Klimaliste wurde thematisiert, dass gerade ein Unternehmen, das seine Gewinne in der Corona-Pandemie massiv gesteigert hat, die geringsten Probleme haben sollte, die Gewerbesteuer mit dem bisherigen Hebesatz aufzubringen. Besonders, nachdem die Entwicklung der Impfstoffe durch öffentliche Gelder gefördert wurde, trägt das Unternehmen eine große Verantwortung, der Gesellschaft etwas zurückzugeben.
- Auch bei uns wurde die Rolle von Impfstoffherstellern bezüglich der Impfstoffversorgung im Globalen Süden thematisiert. Auch die Klimaliste möchte diese Unternehmen in die Verantwortung nehmen, sich verstärkt für eine Versorgung von Ländern mit geringer Impfquote mit dringend benötigtem Impfstoff einzusetzen.
- Es gibt und gab auch in der Klimaliste die Befürchtung struktureller Mindereinnahmen, wenn ein solches Unternehmen nicht oder nicht in dem Tempo Arbeitsplätze schafft, wie im obigen Szenario geschildert – allerdings sehen wir es dann als gegeben an, dass wir in einem der folgenden Jahre die Gewerbesteuer wieder erhöhen können.
- Eine Gewerbesteuersenkung setzt auf Wirtschaftswachstum, damit keine Mindereinnahmen entstehen. Generell kann der Tenor der nächsten Jahre von unserer Seite aus natürlich nicht „Wachstum über alles“ heißen. Gerade beim Gewerbe müssen wir hier in Richtung qualitatives Wachstum, weniger Flächenverbrauch und Konversion von Gewerbeflächen gehen – und auch insgesamt die Suffizienz fördern. Im Fall eines solchen Unternehmens geschähe das aber bspw. in einem eher emissionsarmen Industriezweig, der auch bestehende Strukturen vorfindet. Zudem haben wir in Marburg zumindest eine Steuerungsmöglichkeit in Richtung eines geringen Flächen- und Ressourcenverbrauchs.
- Natürlich gilt es darauf zu achten, dass die Gewerbesteuersenkung nicht als „Entgegenkommen“ bei sozialen oder ökologischen Standards verstanden wird. Gleichzeitig ermöglicht die steuerliche Entlastung es den Unternehmen aber auch, sich verstärkt an der sozial-ökologischen Transformation zu beteiligen. Seien es Handwerksfirmen, die energetische Sanierungen durchführen und Wärmepumpen einbauen oder auch Läden, die auf ökologische Produkte setzen oder die einfach nur Fahrräder reparieren.

All dies bewerten und gewichten wir wie gesagt unterschiedlich in der Klimaliste, und zwar sowohl für als auch gegen eine Gewerbesteuersenkung. Es war für uns deswegen in den letzten Wochen ein sehr hartes Ringen.

Einig sind wir uns jedoch darin, einen möglichst raschen Klimastrukturwandel voranzubringen – dafür sind wir angetreten. Wir sind davon überzeugt, dass der Koalitionsvertrag dafür gute Ansätze bietet und dass diese Arbeit und Ziele für uns am Ende wichtiger sind als die Entscheidung zur Gewerbesteuer. Aus diesem Grund stimmten wir einstimmig für den von uns mitverhandelten Haushalt.